

# Calmer Tagblatt

Nr. 290.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Verrechnungswelle: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 60 Wg. Resten 2.— Wt. — Auf Sammlungsanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Ferndr. 9.

Samstag, den 11. Dezember 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Wt. 12.00 vierteljährlich. Postbezugspreis Wt. 12.00 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Der Notenwechsel über die Ministerreden im besetzten Gebiet.

### Eine aufrechte Antwort der deutschen Regierung.

Berlin, 12. Dez. Amtlich. Die von den Vertretern Belgiens, Großbritanniens und Frankreichs am 6. Dezember der deutschen Regierung übergebene identische Note wegen der Ministerreisen in das Rheinland hat folgenden Wortlaut: Die interalliierte Kommission für die besetzten Rheinlande hat die von ihr vertretenen Regierungen auf die Erregung hingewiesen, die unter der Bevölkerung dieses Gebiets durch die kürzlich von den Reichsministern gehaltenen Reden entstanden ist.

Die Regierungen von Belgien, Großbritannien und Frankreich betrachten es als höchst bedauerlich, daß Mitglieder der deutschen Regierung sich bewegen gefühlt haben, im besetzten Gebiete öffentliche Erklärungen abzugeben, die geeignet sind, dort Unruhe zu erregen, und die Ausführung des Vertrags von Versailles wieder zur Erörterung zu stellen. Insbesondere verwahren sie sich gegen die Äußerungen, die die durch den Völkerbundrat kraft des Friedensvertrags in Bezug auf Cupen und Malmedy getroffenen Entscheidungen anfechten. Die Regierungen von Belgien, Großbritannien und Frankreich haben ihren Vertreter in Berlin angewiesen, die ernsteste Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die schweren Folgen hinzuwirken, die derartige Kundgebungen auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nach sich ziehen können, für die alliierten Behörden in dem besetzten Gebiet verantwortlich sind. Sie haben ihre Vertreter beauftragt, die deutsche Regierung wissen zu lassen, daß Reisen der Reichs- und Staatsmänner in das besetzte Gebiet künftig nur zugelassen werden können, sofern diese hohen Staatsbeamten sich im Verlaufe solcher Bereisungen jedes Angriffs gegen die Regierungen oder Behörden der Alliierten und gegen den Friedensvertrag enthalten werden. Ich habe die Ehre, mich dieser Mitteilung Erzellenz gegenüber zu entledigen.

In Beantwortung dieser Note ist den Vertretern der Entente-mächte heute folgendes mitgeteilt worden: Die deutsche Regierung vermag nach den Berichten, die sie aus dem besetzten Gebiet erhalten hat, nicht zuzugeben, daß die Reden des Reichskanzlers und des Außenministers die Bevölkerung des Rheinlands beunruhigt haben. Eine solche Wirkung würde auch durchaus den Einbräuden widersprechen, die die Minister auf ihrer Reise persönlich erhalten haben. Nach der Ueberzeugung der Reichsregierung hat die Reise vielmehr wesentlich zur Beruhigung der Gemüter beigetragen. Die Bevölkerung des besetzten Gebietes war durch die Beschwerden, die mit der Anwesenheit der Besatzungstruppen verbunden sind, in eine höchst erregte, vielfach fast verzweifelte Stimmung geraten, die sich infolge der Reise offenbar verbessert hat.

Wenn die Minister aber diese Besserung erzielen und der Bevölkerung zeigen wollten, daß ihre schwere Lage von der Reichsregierung voll begriffen wird, so konnte sie nicht auf eine Würdigung des Vertrags von Versailles verzichten, auf dessen Bestimmungen jene Lage zurückzuführen ist.

Die deutsche Regierung muß es ihrem pflichtmäßigen Ermessen vorbehalten, ob und wann sie es aus Gründen der inneren Politik als erforderlich erachtet, daß Reichsminister sich von den Verhältnissen im besetzten Gebiet überzeugen und Fühlung mit der rheinischen Bevölkerung nehmen. Sie kann über den Inhalt der dort abzugebenden Erklärungen der belgischen (französischen, englischen) Regierung gegenüber im Voraus keinerlei verbindliche Zusicherungen abgeben, sie muß sich vielmehr ihre Handlungsfreiheit innerhalb der Grenzen ihres Programms, das die Durchführung des Vertrags von Versailles bis zur Grenze des Möglichen vorsieht, ausdrücklich vorbehalten.

## Eine deutsche Note über die Entwaffnung und Auflösung der Selbstschutzzorganisationen.

Berlin, 10. Dez. Dem Vorsitzenden der interalliierten Militärkontrollkommission für das Landheer, General Nollet, ist gestern eine Note über die Entwaffnung und Auflösung der Selbstschutzzorganisationen übergeben worden. In der Note wird zunächst angeführt, daß nach Ansicht der deutschen Regierung eine Auflösung der Selbstschutzzorganisationen, die keinen militärischen Charakter tragen, durch die Bestimmungen des Friedensvertrags nicht verlangt werden kann. Die deutsche Regierung habe eine völkerrechtliche Verpflichtung dazu niemals anerkannt. Sie stehe auch jetzt noch auf dem Standpunkt, daß eine

solche Verpflichtung aus dem Friedensvertrag nicht hergeleitet werden kann. Die Frage des Bestehens oder der Auflösung der Selbstschutzzorganisationen müsse als eine innere Angelegenheit betrachtet werden. Ferner wird bemerkt, daß die in Bremen bestehende Stadtwehr, die in der Note der Kontrollkommission vom 12. Oktober besonders erwähnt wurde, keine Ausnahmestellung einnimmt. Die Selbstschutzzorganisationen seien selbstverständlich nur eine vorübergehende Einrichtung für Zeiten, wo die Staatsgewalt infolge von außergewöhnlichen Umständen ihren Aufgaben nicht überall vollständig gewachsen sei. Nur solange dieser unnormale Zustand dauere, könnten die Selbstschutzzorganisationen bestehen. Das eigentliche Interesse des Staates zwingt dazu, dieses Aushilfsmittel sobald wie möglich entbehrlich zu machen. Was dagegen die Entwaffnung der Einwohnerwehren, das heißt die Ablieferung der in ihren Händen befindlichen Kriegswaffen betreffe, so handle es sich hier um eine von Deutschland in Spa übernommene Verpflichtung, deren Erfüllung die deutsche Regierung sich mit allen Mitteln angelegen sein lasse. Im ganzen Reich, außer Bayern und Ostpreußen, sei die Ablieferung der schweren Waffen der Selbstschutzzorganisationen im wesentlichen beendet. Die leichten Waffen würden im allgemeinen Ende Januar eingezogen werden. Im Laufe des Februar werde die Entwaffnung der Selbstschutzzorganisationen, mit Ausnahme der bayerischen und ostpreussischen Bevölkerung durchgeführt sein. In Bayern und in Ostpreußen hätten die besonderen Verhältnisse nicht gestattet, mit gleicher Schnelligkeit vorzugehen.

In Bayern stehe die Bevölkerung noch völlig unter dem Eindruck der Ereignisse des Frühjahrs 1919, wo im Lande eine Räuberherrschaft nach bolschewistischem Muster ausgerichtet worden sei. In Stadt und Land hätten die ruhigen und ordnungsliebenden Bewohner damals unter Gewalttätigkeiten und Plünderungen zu leiden gehabt. Als die Not des Volkes aufs stärkste gestiegen war, rafften sich die ordnungsliebenden Elemente auf und leisteten den von auswärts herangezogenen regulären Truppen beim Niederwerfen der Räuberherrschaft wertvolle Dienste. Um der Wiederkehr ähnlicher Zustände vorzubeugen, bildete sich nunmehr im ganzen Lande die Einwohnerwehr. Sie besteht aus Angehörigen aller staatserbaltenden Parteien und aller Bevölkerungsschichten, trägt keinerlei militärischen Charakter und steht in keinerlei Beziehung zu militärischen Behörden. Als rein zivile Einrichtung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung untersteht sie dem bayerischen Ministerium des Innern. Wenn ihre Einberufung notwendig wird, so geschieht dies durch die Polizeibehörden. Bei der im Verhältnis zur Bevölkerungsstärke außerordentlich großen Anzahl von Dörfern und einzelnen Gehöften sind die staatlichen Machtmittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung ganz unzureichend. Ob es im Ernstfall möglich sein würde, aus den übrigen Reichsteilen Polizei und Militär rechtzeitig heranzuziehen, sei ungewiß und hänge besonders von der jeweiligen Sicherheit der Lage ab. Die umstürzlerischen Elemente seien in Bayern noch stark verbreitet. Es sei daher begreiflich, daß die durch schlechte Erfahrungen gewohnte Bevölkerung das Gefühl der Sicherheit zur habe und haben könne, wenn sie sich im Besitz ihrer eigenen bewaffneten Schutzorganisationen wisse und daß sie auf diese solange nicht verzichten wolle, als der Staat nicht stark genug sei, um den bewaffneten Selbstschutz seiner Einwohner durch seine eigenen Machtmittel zu ersetzen. Die im Entwaffnungsgesetz vorgesehene freiwillige Waffenabgabe habe in Bayern und Ostpreußen ein ungünstigeres Ergebnis gehabt als im übrigen Deutschland. Die abgelieferten Waffen stammten überdies zum größten Teil von den Einwohnerwehren. Im April 1919 hätten sich aber die Aufrechterhalter bei der Erklärung der Münchner Kasernen großer Waffenvorräte bemächtigt. Die planmäßige militärische Abholung der Stadt habe später nur den kleineren Teil dieser Vorräte wieder zutage gefördert. Es stehe also fest, daß sich noch sehr beträchtliche Mengen von Waffen aller Art in den Händen der ordnungsfeindlichen Elemente befänden. Die deutsche Regierung stehe vor der zwingenden Notwendigkeit, diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Sie denke nicht daran, sich der in Spa übernommenen Verpflichtung zu entziehen. An die völlige Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehr könne aber erst herangetreten werden, wenn es gelungen sein werde, die Entwaffnung der staatsfeindlichen Elemente soweit durchzuführen, daß die in der Einwohnerwehr vereinigten staatserbaltenden Elemente nicht mehr zu befürchten brauchten, sich eines Tages wehrlos Aufrechterhaltern gegenüber zu sehen, die größtenteils mit allen modernen Waffen ausgerüstet

sind. Die Regierung werde mit möglicher Beschleunigung schnelle Maßnahmen treffen, um die geraubten Waffen ausfindig zu machen, um so die Voraussetzung auch für die Entwaffnung der Einwohnerwehr zu schaffen. Eine Erstreckung der Geltungsdauer des Entwaffnungsgesetzes vom 7. August 1920 werde sich dabei allerdings nicht umgehen lassen.

Die Lage in Ostpreußen, die in einer früheren Note der Völkerbundkonferenz eingehend dargelegt worden sei, habe sich seitdem nicht verändert. Angesichts der sich in unmittelbarer Nähe abspielenden kriegerischen Ereignisse und der Ueberflutung der Grenzgebiete durch übertretende russische und polnische Heeresteile war die Bevölkerung der Provinz von tiefer Beunruhigung und Sorge um Leben und Eigentum ergriffen. Es mußte ihr die Möglichkeit gewährt werden, die nach ihrer Ansicht unzureichenden staatlichen Machtmittel im äußersten Notfall aus eigener Kraft zu ziehen. Die deutsche Regierung habe zugesagt, die Organisationen aufzulösen, sobald der Frieden zwischen Rußland und Polen beschlossen sei. Die Hoffnung auf eine baldige Beendigung des Kriegszustandes sei durch die Ereignisse der jüngsten Zeit wesentlich verringert worden. Durch die in den letzten Tagen durch die Blätter gehende Nachricht über einen neuen Aufmarsch der Sowjetarmee an der litauischen Grenze ist die Sorge in der Bevölkerung von neuem lebendig geworden. Sie muß befürchten, daß es notwendig werden kann, alle in der Provinz vorhandenen Truppen und Polizeimannschaften zur Wahrung der Neutralität an die Grenze zu werfen und das Innere des Landes von jedem Schutz zu entblößen. Diese Kräfte würden vielleicht nicht einmal genügen, um die Provinz zu schützen. Die Schwierigkeiten, die dem Heranziehen von Verstärkungen aus anderen Teilen des Reichs entgegenstehen, sind der Bevölkerung bekannt. Der weitaus größte Teil der Bevölkerung sieht in der vom Oberpräsidenten der Provinz geschaffenen Organisation die einzige Möglichkeit, sich im Falle des Wiederaufflammens der Gefahr vor dem Neuesten zu schützen. Solange diese Empfindungen die Bevölkerung noch beherrschen, scheint es nicht angängig, die Waffen einzuziehen und zu vernichten, die zur Bewaffnung der etwa aufgerufenen Wehrmänner bereit gehalten werden. Es besteht zwar die Absicht, die Entwaffnung der ostpreussischen Ortswehren womöglich im Rahmen der allgemeinen Entwaffnungsaktion durchzuführen, es muß aber mit der Möglichkeit einer Verzögerung gerechnet werden.

Die deutsche Regierung bleibt sich des Ernstes ihres Entschlusses voll bewußt, sie weiß aber darauf hin, daß die Entwaffnung der Bevölkerung, die das Protokoll von Spa verlangt, im wesentlichen in nächster Zeit beendet sein wird und daß die für Bayern und Ostpreußen gemachten Vorbehalte im Vergleich damit bedeutungslos sind und militärisch nicht als bedrohlich erachtet werden können. Sie vertraut darauf, daß auch die alliierten Regierungen sich bei Prüfung dessen, was zur Erfüllung der in Spa übernommenen Verpflichtungen geschieht, und was zu geschehen hat, dem Gewicht der vorgebrachten Gründe nicht verschließen werden, die das weitere Vorgehen der deutschen Regierung zwingend bestimmen müssen.

## Die Völkerbundsversammlung. Das Ende der Komödie.

Genf, 10. Dez. Auf Antrag des Bureaus beschloß heute die Völkerbundsversammlung, ihre Tagung am 18. Dezember zu schließen. Um angesichts der großen Geschäftslast bis zu diesem Zeitpunkt ihre Arbeiten beendigen zu können, sollen von nächster Woche ab täglich je 2 Sitzungen stattfinden. Die Redezeit mit Ausnahme der für die Berichterstattung wird auf 10 Minuten beschränkt.

### Wirtschaftsblockade und Seeblockade.

Genf, 10. Dez. Die Völkerbundsversammlung genehmigte den Bericht und die Anträge der Kommission über die Errichtung einer internationalen Organisation für Hygienefragen, die einen provisorischen und beratenden Charakter hat. Es folgte die Besprechung des Kommissionsberichts über die Wirtschaftsblockade, über welche Fragen aus den laufenden Berichten dieser Kommission Mitteilungen gemacht wurden. Auch die Leitsätze sind größtenteils bekannt. Lord Robert Cecil ging auf den Bericht der Kommission ein. Zusammenfassend stellte er fest, daß ein jedes Mitglied des Völkerbunds verpflichtet ist, darauf zu achten, daß der Pakt nicht von einem anderen Mitglied gebrochen wird. Ein jedes Mitglied des Bundes hat auch die Verpflichtung, sich an etwaigen, vom Völkerbundsrat oder der internationalen Blockadekommission angeordneten wirtschaftlichen Maßnahmen zu beteiligen, wobei der Völkerbundsrat festsetzt, ob sich alle Mitglieder gleichmäßig an solchen Maßnahmen beteiligen oder ob die Ausübung der Seeblockade einer Gruppe von Mächten oder nur einer einzelnen Macht übertragen wird.

ke  
n  
phen,  
en und  
ken,  
nichte,  
liche,  
Wand-  
re  
er.  
alw.  
straße 163.  
erle  
mer  
ben dem Rathaus  
hüte  
e  
d farbig  
Knabenhüte  
nützen  
pantoffel  
sohlen  
nur bester  
Qualität  
färben  
besten Formen.  
erein Calw  
m. b. H.  
gliedern:  
enzeuge,  
Bettücher, Bett-  
Blusenstoffe,  
ge, Hand-  
enschuhe,  
Kopfschüler,  
aben.  
Damen- und  
illigst  
Vorstand.  
smethode  
für Mischfutter als  
aparat anerkannt ist,  
und Ställe  
ärztlichen Erfolgs-  
t und Herrlingen  
rt.  
neue Apotheke  
ndung.  
kündigungen in den  
ngen.  
Pforzheim  
schäft am Platze  
erg Nr. 2  
Markt  
Nr. 3173.





**Musik-Verein Nagold**  
 Sonntag, den 12. Dez., nachm. 4 1/4 Uhr  
 in der Turnhalle Nagold

**Beethovenfeier**

1. Septett (als Klaviertrio).
2. Männerchöre.
3. Erste Symphonie.

Mitwirkende: Seminarchor u. -Orchester  
 Herren Pfarrer Weibrecht und Gutscher  
 Leitung: Studienrat Schmid.  
 Eintritt: Mk. 4.-, 3.-, 2.-  
 Im Einverständnis mit dem Verein zur  
 Förderung der Volksbildung.

**Lichtspieltheater Badischer Hof**  
 morgen Sonntag mittag 3 Uhr u. abends 8 Uhr

**Die Rose von Schiandur.**

Schauspiel in 4 Akten.  
 In der Hauptrolle Fr. Jellnik u. Eva Mara.  
 Als Beiprogramm:  
**Harry als Wachsfigur.**

Preise der Plätze Gallerie 3.50 Mk., 1. Platz 2.50 Mk.  
 2. Platz 2.00 Mk. inkl. Steuer.

Altensteig-Dorf.  
 Habe zwei gute

**Zug-Ochsen**

(unter vier die Wahl) zu verkaufen.  
 Frey.

**Herrenberg.**

Am Sonntag, den 12. und Montag,  
 den 13. ds. Mts., steht in unserer Stallung  
 im „Hasen“ ein frischer Transport

**erstklassiger**

**Belgier-Pferde,**

2-, 3- und 4jährige, darunter

**Zuchtstuten**  
 sowie eine 5jährige, trächtige

**Stute**

zum Verkauf. Kauf- und Tauschliebhaber  
 laden freundlichst ein

**David & Löwenstein**  
 Telefon Nr. 10.

**Sehr preiswert empfehle ich:**

- Schurzzeuge, Unterrockstoff, Hemdenflanell, Kleider- und Peterstoff, Handtuchstoff, Bettbezüge (Kölsch), Vorhänge.
- Taschentücher, Mützen, Damen- u. Kinderstrümpfe, Gummi- und Seidenband. Wäschestickereien, Knöpfe und alle einschlägigen Besatzartikel.

**Karl Schlag :: Liebenzell.**

**Hier kaufen Sie am besten und billigsten!**

Der werten Einwohnerschaft von hier und Umgebung zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich ab heute bis Weihnachten auf sämtliche Tabakwaren 5% Rabatt gewähre.

Ein großer Posten **Sigarren** per Stück 0.45 Mk. bis 4.00 Mk. in eleganter Weihnachtspackung in Kistchen von 10, 25 und 50 Stück ist eingetroffen.

Serner empfehle ich mein reichhaltiges Lager meiner bekannten, guteingeführten Sigaretten und Rauchtobake.  
 Su regem Besuch, ohne Kaufzwang, ladet freundlichst ein

**Robert Ott, Sigarren- und Sigarettenversand, Calw, Telefon 133.**

Mandeln  
 Feigen  
 Corinthen  
 Rosinen  
 Birnschnitze  
 serb. Zwetschgen  
 Bienenhonig  
 Zitronen  
 Natron  
 Hirschhornsalz  
 Zitronengewürz  
 Mandelgewürz  
 reine Gewürze  
 Hühnerrei, getrockn.  
 Trockenmilch  
 Vanillezucker  
 Vanillpulver  
 Reks, Zwieback  
 Lebkuchen  
 Baumkondit  
 Kakao, Tee  
 Chocolate  
 Chocoladepulver  
 Kaffee, Margarine  
 Palmbutter  
 Speiseföl, Gries  
 Haferflocken, Linsen  
 Erbsen, Bohnen  
 Salzheringe  
 Bismarckheringe  
 Hering in Gelée  
**Wurstwaren**  
 Christbaumschmuck  
 Baumkerzen  
 Kaufladenartikel

empfehl

**Spar- und Consum-Verein**

Einen starken

**Schaff-Ochsen**

setzt dem Verkauf aus  
 Elisabethe Schrabi,  
 Althengstett.

Einen dreijochigen

**Schlitten**

einen Spazierschlitten, gepolstert und 2 Paar

**Läufer-schweine**

hat zu verkaufen.

Karl Hasse,  
 Neuhengstett.

Gemeinde Speßhardt.

**Denkmals-Einweihung.**

Sur Einweihung unseres Denkmals für die Gefallenen am Sonntag, den 12. Dezember 1920, nachm. halb 3 Uhr ist Jedermann freundlichst eingeladen.

Gemeinderat.

**Mieter-Verein Calw u. Umg.**

Dienstag, den 14. Dezember 1920, abends 8 Uhr, findet im „Badischen Hof“

**Gründungs-Versammlung**

statt. Tagesordnung:  
 1. Aufnahme neuer Mitglieder, 2. Vorstandswahlen, 3. Beitragsfestsetzung, 4. Statutberatung, 5. Verschiedenes.  
 Hierzu sind die Mitglieder und die es werden wollen freundlichst eingeladen. Der prov. Ausschuss.  
 Mieterinnen u. Mieter erscheint zahlreich. Tretet dem Mieterverein bei!  
 Die Wohnungsbeschaffenheiten, die Wohnungsnot u. die kommend. Mietzinserhöhungen verlangen es!

**Wir empfehlen d. Beitritt z. Mieterverein**

allen unseren organisierten Kolleginnen u. Kollegen (welche Mieter sind). Auch ist es ratsam, jetzt einzutreten, bevor ein besond. Eintrittsgeld festgesetzt wird. Darum tretet ein in den Mieterverein. Ortsauschuß Calw Allg. Deutsch. G. B.

**Religiöser öffentl. Vortrag**

kommenden Sonntag, nachmitt. 2 Uhr, im Saale der Restauration Schlanderer Bischoffstraße in Calw

Thema:  
**„Der Spiritismus und seine wunderwirkenden Kräfte.“**

Eintritt frei. Jedermann ist herzlich eingeladen.  
 Prediger Zimmermann.

Das geeignetste **Weihnachtsgeschenk** sind und bleiben meine **warmen Winterschuhe sowie Lederwaren** für Erwachsene und Kinder und habe darin große Auswahl

**Karl Stoll, Haggasse.**

Ein junger, intelligenter, absolut zuverlässiger und fleißiger, etwas schreibgewandter

**Mann oder Kaufmann**

könnte in der Magazinverwaltung eines hiesigen Betriebs dauernde und gutbezahlte Stellung finden. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit unter Beifügung von Zeugnissen unter Ziffer C. W. 289 an die Geschäftsstelle des Calwer Tagblatts erbeten.

Eine mit dem 3. Kalb schwere

**Muh- u. Schaffkuh,**

sowie ein einjähriges Zuchtrind und einen einjährigen Zuchtfarren

verkauft Mitschele, Dachtel.

Statt Karten.

**Frida Serweckh**  
**Adolf Fluhrer**

Verlobte

Bad Teinach Stuttgart  
 Heilbronn

Dezember 1920

Statt Karten.

**Maria Siebenrath**  
**Albert Kurz**

Verlobte

Calw, Dezember 1920

Ludw. Bader Leder-Unterreichenbach  
 handlung empfiehlt

**Vacheleder ff.**  
 in Hälften und Kernstücken,

**Ruh-Sohlleder Ia.**  
 in Hälften und Kernstücken,

**Wildoberleder-Häutchen,**  
 Kalbleder,  
 braun und box calf,

**Schäfte aller Art,**  
**billige Schuhmacher-Artikel.**

Sieben eingetroffen:  
**Herren- und Damen-Leisten,**  
 weissb., pro Paar Mk. 7.—

**Musik-Haus Griessmayer**  
 Porzheim, Westliche 9, beim Markt  
 Grösstes und ältestes Musik-Haus am Platze  
 empfiehlt zu billigsten Preisen

Gitarren  
 Mandolinen  
 Futterale  
 Zieh- und Mund-Harmonikas

Zithern  
 Violinen  
 Cello  
 Violin-Etuis  
 Grammophone u. Platten

Alles in grösster Auswahl und besten Qualitäten!  
 Ratenzahlung gestattet

Lager erstklassiger Pianos und Harmoniums

Meinen verehrl. Geschäftsfreunden und Bekannten gebe ich hiermit meinen Austritt aus der **Firma Gebrüder Rothschild** in Horb bekannt.

Gleichzeitig mache ich die erg. Mitteilung, daß ich als Teilhaber in die Firma **S. Löwenthal, Pferdehandlg. Cannstatt** eingetreten bin.

Ich bitte, das mir bisher entgegengebrachte Vertrauen auch fernerhin bewahren zu wollen.

**Friedrich Rothschild.**

**Gelegentliche Schreibhilfe**  
 (Maschinen- und Handschrift), die womöglich Maschine mitzubringen vermag, gegen gute Bezahlung, von Staatsbeamten gesucht.  
 Angeb. unter C. S. 290 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erb.